

Sehr geehrte Damen und Herren,

für die Einladung, heute vor Ihnen sprechen zu dürfen,
bedanke ich mich sehr herzlich. Mit dem EU-Projekt der
Brücke, dessen achte Veranstaltung wir heute erleben dürfen,
setzt Recklinghausen Maßstäbe – denn in einer
Veranstaltungsreihe sieben europäische Partnerstädte
mitzunehmen und einzubinden, das schafft nicht jeder! Aber
die Kreisstadt Recklinghausen, die schafft das. Sie erweist sich
damit als eine Art europäische Kreisstadt, die ganz
unterschiedliche Kommunen aus ganz unterschiedlichen
Ländern und Himmelsrichtungen zusammenbringt. Dafür an
dieser Stelle zunächst großen Respekt und ein von Herzen
kommendes Lob!

Mit dem Titel „Die Europäische Union als Friedensprojekt -
Selbstverständlichkeit oder große Herausforderung?“ haben
Sie eine Fragestellung gewählt, deren brennende Aktualität
zum damaligen Zeitpunkt vielleicht noch gar nicht in dem

Umfang abzusehen war, den wir heute erleben. Sie alle – ganz egal, aus welchem europäischen Land Sie nun kommen, ob aus Bulgarien, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, den Niederlanden, Polen oder Rumänien – haben doch die Krise, in der unsere Gemeinschaft, unsere Europäische Union, sich befindet, hautnah erlebt. Diese Krise ist eine Krise der vielen Gesichter – sie trägt das Gesicht der Flüchtlingsströme, über deren Aufnahme, Verteilung und Versorgung die Nationalstaaten in Europa streiten und die vor allem unsere Partner an den europäischen Außengrenzen vor Herausforderungen stellen, die in Mittel- und Westeuropa kaum vorstellbar scheinen. Für mich steht unverrückbar fest, dass die Flüchtlingskrise eine Bewährungsprobe des Friedens- und Menschenrechtsprojekts Europas ist, die wir leider zur Zeit nur unzureichend bewältigen, weil die gemeinsame Richtung fehlt.

Diese Krise trägt auch das Gesicht einer immer unsichereren Welt jenseits unserer Grenzen, aber auch in unseren eigenen, offenen Gesellschaften. Wir erleben eine Renaissance der autoritären Herrschaft, eine Sehnsucht nach den ‚starken Männern‘, die den langen Schatten der Diktaturen der Vergangenheit werfen. Ich gebe es zu: Das beunruhigt mich sehr. Gerade, weil diese Entwicklung Gesellschaften trifft, von denen wir geglaubt hatten, dass sie diese Lasten hinter sich gelassen hätten. Das rückt hier im Ruhrgebiet schon deshalb ganz nah an uns heran, weil mit der Zuwanderung der Nachkriegsjahrzehnte Menschen zu uns gekommen sind, unsere Mitbürgerinnen und Mitbürger geworden sind, die immer noch zwei Heimaten haben. Die eine hier ganz nah im Revier, die andere zum Beispiel in der Türkei. Deshalb lassen uns der Putschversuch in der Türkei und seine Folgen nicht kalt – nicht nur, weil wir als Europäer elementare Grundwerte in Gefahr sehen, sondern auch, weil wir so viele Nachbarn

und Freunde haben, die über ihre Familien in der alten Heimat ganz unmittelbar betroffen sind und die auch sehr unterschiedene und zum Teil kontroverse Meinungen haben.

Wir erleben, dass sich in Krisensituationen eigentlich nationale politische Prozesse in europäische Diskussionen verwandeln, wenn am Grundgerüst der europäischen Werteordnung gerüttelt wird.

Und seien wir nicht überheblich und machen wir uns nichts vor: Auch wenn sich diese Entwicklungen vor allem in den neueren Mitgliedsländern unserer Union oder bei unseren russischen und türkischen Nachbarn Bahn zu brechen scheinen, so sind wir im „alten Europa“ doch nicht davor gefeit. Denn das ist doch ebenfalls das Gesicht dieser Krise: Dass es einen sehr lebendigen Rechtspopulismus gerade in den Mitgliedsländern gibt, die in der Vergangenheit stark von Europa profitiert haben, die die europäische Idee begründet und vorangetrieben haben. Und dieser Rechtspopulismus

wendet sich gegen Europa, gegen den Prozess der europäischen Einigung, gegen gemeinsame Institutionen und gemeinsame politische Lösungen. Er wendet sich aber vor allem gegen die Weltoffenheit, für die Europa steht. Wir stehen vor der Gefahr, dass politische Kräfte, die gesellschaftliche Unzufriedenheit kanalisieren, uns zurückfallen lassen mindestens ins Klein-Klein der nationalstaatlichen Lösungen, eher aber noch in einen sehr gefährlichen Zustand des Nicht-mehr-miteinander-Redens, der am Ende nur in Konkurrenz und Gegeneinander führt. Konkret manifestiert hat sich dies bereits im fürchterlich knappen Votum für den Brexit, für die Herauslösung unseres Partners Großbritannien aus dem europäischen Verbund. Wir werden sehen müssen, wie dieser historische Präzedenzfall bewältigt werden kann und welche Folgen er nach sich ziehen wird. Gestatten Sie mir jedoch zumindest diese Einschätzung: Diese Volksbefragung wird einst nicht als

Sternstunde der demokratischen Willensbildung in den europäischen Geschichtsbüchern stehen. Das schmerzt mich als Abgeordnete aus einem deutschen Bundesland, das durch Großbritannien nach dem Zweiten Weltkrieg erst aus der Taufe gehoben wurde und seinen bis heute bewährten demokratischen und pluralistischen Charakter mit viel britischer Unterstützung ausgebildet hat, sehr.

Wir können nicht leugnen, dass diese Krise letztlich auch das Gesicht der nackten Zahlen trägt. Diese Zahlen - die Schuldenlast der südeuropäischen Staaten, die Jugendarbeitslosigkeit gerade im ‚alten‘ Europa, die Milliarden der Rettungsschirme – haben uns den Blick auf die historischen Errungenschaften Europas verstellt. Man darf das, meine ich, nicht als Vorwurf an die Menschen in Europa fassen, denn was sich im Nachgang erst der Finanzkrise, dann der Eurokrise in unseren eigentlich starken Volkswirtschaften abgespielt hat, das waren schwere Niederlagen des

europäischen Versprechens, dass es uns allen gemeinsam wirtschaftlich immer besser gehen würde. Millionen Menschen – vor allem auch junge Menschen – in Europa haben aber miterleben müssen, dass dieses Versprechen für sie scheinbar nicht galt und weiterhin nicht gilt. Die Prioritäten der nationalen und europäischen Politik lagen auf der wirtschaftlichen Stabilisierung, auf der ökonomischen Beherrschbarkeit der Krise. Dieser Minimalkonsens der europäischen Regierungen und der wichtigsten Akteure und Institutionen der EU hat es versäumt, die Lage der am meisten betroffenen Menschen mit auf die Agenda zu setzen. Wir spüren, welche Wunden das nicht nur in Griechenland, sondern auch in Italien, in Spanien und Portugal, sogar in Frankreich hinterlassen hat. Und auch diese wirtschaftlich-finanzielle Krise ist nicht vorüber, sondern wird sich mit Beharrlichkeit zurückmelden.

Wir sind gefordert, Antworten auf diese vielgesichtige Krise Europas zu finden. Wir, das sind meine Kolleginnen und Kollegen im Europäischen Parlament und den nationalen Parlamenten, natürlich. Bei allen fachpolitischen Debatten, die unseren Arbeitsalltag prägen und uns das große Ganze manchmal aus dem Blick verlieren lassen: Die europäische Politik wird sich bewegen müssen. Sie wird dafür sorgen müssen, dass die elementaren Interessen der Bürgerinnen und Bürger unserer Europäischen Union, die Etablierung und Förderung eines europäischen sozialen Gedankens, die Frage nach Ursachen und Verantwortlichkeiten wirtschaftlicher und außenpolitischer Probleme Gegenstand des politischen Diskurses und gemeinsames Anliegen in Europa wird. Wir werden unsere gemeinsamen Herausforderungen nur mit einem Mehr, nicht mit einem Weniger an Europa bewältigen können. Das setzt die Bereitschaft voraus, nationale Prioritäten und Befindlichkeiten stärker als bisher hinten

anzustellen und die Abwägung bei politischen Initiativen und Entscheidungen mehr an der gesamteuropäischen Wirkung auszurichten. Das setzt auch voraus, dass wir unseren europäischen Institutionen mit mehr Respekt und mehr Vertrauen begegnen, dass wir bereit sind, nationale Souveränitäten und Kompetenzen abzugeben. Das kann und darf aber auch keine Einbahnstraße sein, besonders dort, wo wir erkennen, dass manches vielleicht auf nationaler, regionaler oder kommunaler Ebene besser aufgehoben ist.

Wir, das sind aber auch die Bürgerinnen und Bürger unserer Europäischen Union. Das sind Sie als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren einer Europäischen Zivilgesellschaft. Ich meine, wir dürfen diese europäische Zivilgesellschaft über die Frage nach Kompetenzen, Institutionen und Entscheidungsprozessen nicht aus dem Blick verlieren. Denn diese Zivilgesellschaft ist der Souverän unserer Europäischen Union! Und sie entscheidet über ihre demokratische

Partizipation über die politischen Mehrheiten und Akteure in Europa. Unsere Herausforderung ist, unsere europäische Politik für die Menschen in Europa verständlicher und transparenter zu machen, ihnen ihre Betroffenheit und unsere jeweilige politische Positionierung zu vermitteln. Unsere Herausforderung ist letztlich, eine interessierte europäische Öffentlichkeit zu schaffen, die an politischen Diskussionen und Entscheidungen auf europäischer Ebene so lebendig Anteil nimmt wie an denen auf nationaler Ebene.

Dafür brauchen wir Sie, meine Damen und Herren. Sie müssen uns fordern. Sie müssen sich einmischen und Sie müssen andere dazu bringen, sich ebenfalls einzubringen in die Debatte um die Zukunft unserer Europäischen Union. Sie selbst wissen, dass es sich lohnt. Sie leisten einen großartigen Beitrag dazu, weil Sie daran arbeiten, Europas Fundament zu erhalten und zu stärken. Dieses Fundament ist der Wille zur gegenseitigen Verständigung, zum Kennenlernen und zur

Kontaktpflege über die Sprachbarrieren und Landesgrenzen unseres europäischen Kontinents hinweg. Ich glaube, dass die Bande, die unsere Städtepartnerschaften über Jahrzehnte hinweg geknüpft haben, unser Europa tragen können. Dass Sie es stützen und auffangen können, wo es zu wanken droht. Denn in diesen Partnerschaften, in diesem Austausch ist das gegenseitige Verständnis und das Interesse an einem gemeinsamen politischen Rahmen angelegt.

Ich wünsche Ihnen deshalb, dass Sie diese erfolgreiche Arbeit fortführen können und werden. Vor allem aber wünsche ich mir, dass Sie sich zu Wort melden aus Ihren so unterschiedlichen Kommunen, dass Sie Ihre Mitbürgerinnen und Mitbürger motivieren, es ebenfalls zu tun. Ich möchte, dass man Sie in Brüssel und Straßburg hören kann, dass Sie uns als EU-Parlamentarier in die Pflicht nehmen und mit uns diskutieren und nach Lösungen suchen für die Zukunft unserer Europäischen Union. Lassen Sie uns

engzusammenrücken und zusammenbleiben angesichts der Herausforderungen, die vor uns liegen. Wenn es uns allen gelingt, in diese Richtung wieder ein kleines Stück voranzukommen an diesem Abend, dann wäre das ein toller Erfolg, finde ich – und ein Verdienst der europäischen Kreisstadt Recklinghausen!

Meine Damen und Herren, danke für Ihre Aufmerksamkeit und ein herzliches Glückauf!